



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/07/amnesty-international-israels-office-targeted-with-death-threats/>

## NEWS

31. Juli 2019, 17:20 UTC

### ISRAEL

## Büro der israelischen Sektion von Amnesty International im Visier von Todesdrohungen

Wie das Internationale Sekretariat von Amnesty International am 31. Juli 2019 erklärte, müssen die israelischen Behörden dringend den Todesdrohungen nachgehen, die gegen drei zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter die israelische Sektion von Amnesty International in Tel Aviv, gerichtet sind.

In der letzten Nacht wurden draußen vor den Büros von Amnesty International und von ASSAF, einer Organisation, die sich mit der Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Israel beschäftigt, anonyme Todesdrohungen an die Wand gesprüht. Gleichzeitig wurde am Eingang des *Elifelet Aktivitätscenters für Flüchtlingskinder* ein Karton mit Todesdrohungen und einer toten Maus hinterlassen.

*„Diese erbärmlichen und böswilligen Aktionen richten sich gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, die für Menschenrechte arbeiten. Die israelischen Behörden sollten energisch Stellung beziehen, indem sie diese Aktionen öffentlich verurteilen und klarstellen, dass Attacken auf Nichtregierungsorganisationen in keiner Weise geduldet werden,“* sagte Philip Luther, Leiter der Abteilung Research und Advocacy für die Region Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

*„Außerdem müssen die israelischen Behörden entsprechende Schritte ergreifen, um zu gewährleisten, dass Menschenrechtsverteidiger\*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen generell wirksam geschützt sind und ihrer Arbeit frei von Drohungen, Einschüchterungsversuchen oder Schikanen nachgehen können. Alle Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger\*innen müssen unverzüglich untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.“*

In den letzten Jahren hat sich das Klima für Menschenrechtsverteidiger\*innen in Israel und auch in den besetzten palästinensischen Gebieten rapide verschlechtert. Die israelischen Behörden haben Maßnahmen ergriffen, um die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigung innerhalb Israels über die Gebühr einzuschränken, während Menschenrechtsverteidiger\*innen, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, von offizieller Seite mit Einschüchterungsversuchen bedacht und Gesetze eingeführt werden, die jeden Dissens zum Schweigen bringen sollen.